

Grüne Deals – wer bezahlt und wer kassiert?

Auf einmal wollen sie alle dealen. Deals, New Deals, Green Deals, solche Begriffe machen die Runde, und gemeint sind dabei nicht die „genialen Freihandelsabkommen“ eines Donald Trump, sondern grosse Pläne für progressive Politik. Ob wirklich oder nur scheinbar progressiv, ist dabei eine andere Frage.

New Deal und Green New Deal – woher kommt das?

Es war Franklin D. Roosevelt, US-Präsident von 1933-1945, der den Begriff „New Deal“ geprägt hat. Wörtlich bedeutet der Begriff die „Neuverteilung der Karten“. Gemeint waren eine Serie von Wirtschafts- und Sozialreformen, mit der die US-Bundesregierung massiv in die Wirtschaft eingriff, ein grossangelegtes öffentliches Investitionsprogramm auflegte und den Grundstein des amerikanischen Sozialstaates legte. Nach der Weltwirtschaftskrise wurde vor allem durch Regulierung des Bankensystems und des Wertpapierhandels eine stabilere Wirtschaftsordnung geschaffen. Das Programm wurde von den Republikanern und den Wirtschaftseliten massiv bekämpft und mit Kommunismus und Faschismus gleichgesetzt. Aber breite Mehrheiten profitierten nicht nur wirtschaftlich davon, es war für sie auch psychologisch der Aufbruch aus der Depression der Weltwirtschaftskrise 1929. Roosevelt und die Demokraten gewannen sämtliche Wahlen bis zu Roosevelts Tod 1945. Nach 1945 war der New Deal zu erheblichen Teilen auch das Vorbild für den Wiederaufbau in Europa.

An diese Tradition anknüpfend, geistert der Begriff eines „Green New Deal“ schon länger durch die Welt als einer der vielen Begriffe, mit dem die vielbeschworene „ökologisch-soziale Transformation“ vorangebracht werden soll. Aufmerksamkeit erregte erstmals die von der britischen New Economics Foundation initiierte »[Green New Deal Group](#)«, deren Bericht »[A Green New Deal](#)« am 21. Juli 2008 erschien. Der damalige UNEP-Chef Achim Steiner griff die Idee kurz darauf mit seinem Vorschlag eines „Global Green New Deal« auf. Reduziert auf einen »Green Deal«, der begrifflich eigentlich gar keinen Sinn macht, wurde es erstmals von der konservativen britischen Regierung 2012 als Gebäudesanierungs-Programm für Energieeffizienz. Soziale Fragen kamen dort natürlich nicht vor.

Der Green New Deal in den USA

Aus akademischen und NGO-Spezialistenkreisen herausgefunden hat der Begriff wohl erstmals 2019. Progressive Politiker in den USA, allen voran Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez, machten den »Green New Deal« zu einem Kampagnenbegriff. Ocasio-Cortez publizierte ein wunderbares [Video](#), mit dem sie die Inhalte des GND brillant und allgemeinverständlich und vor allem emotional ansprechend zusammenfasste. Es wurde und wird millionenfach in den sozialen Medien verbreitet. Sie brachte gemeinsam mit weiteren 98 Abgeordneten einen [Resolutions-Antrag](#) in den [Kongress](#) ein, den GND zum Regierungsprogramm zu erheben. Damit war die eigene Partei gezwungen, sich dazu zu verhalten. Die Abstimmung steht noch aus. Im Wahlkampf von Bernie Sanders, aber auch der vielen progressiven Kandidatinnen und Kandidaten für den Kongress und andere Ämter, spielt der GND eine zentrale Rolle.

Im Wesentlichen geht es – ganz in der Tradition Roosevelts - um ein massives öffentliches Investitionsprogramm für die Energiewende hin zu 100% Erneuerbaren, Energiesparen vor allem durch Gebäudesanierung, eine Ökologisierung der Landwirtschaft, massiven Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und anderer Zukunftsinfrastrukturen. Gekoppelt wird dies mit einer Beschäftigungsgarantie und breiten Lohnsteigerungen im Niedriglohnsektor, der Schaffung neuer und guter Arbeitsplätze vor allem im öffentlichen Sektor und im Mittelstand, dem Aufbau eines

Sozialstaats europäischer Prägung, mit regionaler Entwicklung und Wertschöpfungskreisläufe und einem entsprechenden wirksamen Aussenschutz, sprich: weniger Globalisierung.

Sanders und Ocasio-Cortez halten es für naiv zu glauben, so etwas bekommt man, wenn man vor allem auf die Kräfte des Marktes setzt. Dafür setzen die Protagonisten des GND auf einen aktiven Staat, der in die Wirtschaft eingreift. Der Green New Deal soll die Nutzung der fossilen Energien beenden, aber auch den Neoliberalismus. Natürlich werden für eine solche umfassende Umgestaltung der Wirtschaft jede Menge Arbeitskräfte benötigt. Das bedeutet, es wird mehr neue Arbeitsplätze geben als alte verloren gehen. Das ist der Unterschied zu einem Strukturwandel, der ungeplant vonstatten geht. Es geht nicht darum, ein reines Umweltprogramm aufzulegen, oder den Neoliberalismus klimafreundlicher zu machen, oder um den Umbau einer einzelnen Wirtschaftsbranche, etwa des Energiesektors. Es geht um den Umbau der gesamten Wirtschaft – um sie gleichzeitig ökologisch nachhaltiger und sozial gerechter zu machen. Das sind für Sanders und Ocasio-Cortez die beiden Kernaufgaben unserer Zeit.

Und jetzt kommt natürlich sofort die Frage, wer soll das alles bezahlen - eine Frage, die immer nur gestellt wird, wenn es um progressive Ideen geht. Wenn es darum geht, mit riesigen Milliardensummen Banken zu retten, ist immer Geld da. Wenn es darum geht, die Unternehmenssteuern noch weiter zu senken, ist dafür immer Geld da. Die Federal Reserve Bank, die EZB und andere Zentralbanken schaffen heute jeden Tag Milliarden aus dem Nichts, sie nennen es „quantitative easing“, und finanzieren damit alles Mögliche, Staatsschulden, Unternehmensanleihen und so weiter. Nur nichts Zukunftsweisendes. Wo landet denn dieses Geld am Ende? Im Endeffekt machen sie damit nur diejenigen noch reicher, die ohnehin reich sind.

Aber das kann man ja ändern. Die »Modern Monetary Theory« (MMT) ist heute eine der interessantesten wirtschaftspolitischen Konzepte, die in Europa allerdings kaum bekannt ist – vermutlich weil sie gegen sämtliche Gebote und Verbote der politisch-ökonomischen Orthodoxie vor allem in Deutschland verstößt. Die Wirtschaftsprofessorin [Stephanie Kelton](#) ist das Aushängeschild der MMT und ist eine der wichtigsten wirtschaftspolitischen Beraterinnen von Bernie Sanders. Dies genauer zu erklären, würde hier zu weit führen und kann an anderer Stelle nachgelesen werden – etwa [hier](#), [hier](#), [hier](#) oder [hier](#). Eine erstaunlich freundliche Übersicht gibt sogar [Bloomberg](#). Die MMT geht davon aus, dass Staaten, die ihre eigene Währung und Zentralbank besitzen (also die USA), im wesentlichen das Geld selbst schaffen können, das sie für die Staatsaufgaben benötigen und nicht anderweitig (etwa durch Steuern) einnehmen. De facto arbeitet Japan mit seiner horrenden Staatsverschuldung schon seit Jahrzehnten so, wobei die Hauptschuldnerin des japanischen Staates seine eigene Zentralbank ist, so dass diese Schulden eigentlich nur theoretischer Natur sind.

Wenn also die Geldschöpfung der Zentralbanken für die Finanzierung von Staatsaufgaben wie dem GND herangezogen wird, geht es eigentlich spätestens seit der Finanzkrise 2008 nicht mehr so sehr darum, **ob** man das macht, sondern darum, wer die Nutzniesser sind. Die EZB hat mit ihren Anleihenkaufprogrammen seit 2009 Staatsanleihen und private Unternehmensanleihen gekauft für die schwindelerregende Summe von 2.6 Billionen Euro, das sind 2600 Milliarden Euro. Jeden Monat pumpt die EZB 20 Milliarden frisches Geld in den »Markt«. Noch mehr haben die USA gemacht. Was genau damit gekauft wurde und wird, wissen wir nicht. Wir wissen nur, dass eben nicht nur Staatsanleihen gekauft werden, sondern auch Anleihen grosser Konzerne. Bayer konnte so seine Monsanto-Übernahme mit finanzieren.

Geld ist offensichtlich genug da, es wird praktisch gedruckt – und es landet bei denjenigen, die ohnehin schon viel haben. Das billige Geld treibt die Aktienkurse, die Immobilienpreise, die Ackerlandpreise in immer neue Höhen, die mit realer Wertschöpfung nichts mehr zu tun haben, und sucht sich immer neue Anlagemöglichkeiten. Je höher der Aktienkurs, je höher die Immobilienpreise

– desto höher müssen auch die Renditen sein, wenn die Rentabilität der Investition nicht sinken soll. All das haben arbeitende Menschen für die Investoren zu erwirtschaften.

Es wird Zeit, dass mit dieser Geldschöpfung etwas Sinnvolleres gemacht wird. Genau das planen Sanders, Ocasio-Cortez & Co. Wenn die immense Geldschöpfung der Zentralbanken nicht mehr der Ausweitung privater Vermögen dienen, sondern öffentlichen Zwecken und dem Gemeinwohl, wird die globale Investorenklasse von einer ihrer wichtigsten Geldquellen abgeschnitten. Daher lehnen sie die MMT rundheraus als völlig utopisch und unrealistisch ab – nicht aber die Politik des »quantitative easing«. Wie gesagt: das Prinzip der MMT ist eigentlich seit der Finanzkrise 2008 Praxis, beim GND werden aber die Nutzniesser geändert.

Der Green New Deal ist also keine der neumodischen „win-win“-Veranstaltungen, wo es angeblich nur Gewinner gibt. So etwas ist eine Illusion. Nein, es gibt dabei Verlierer, und das sind genau diejenigen, die in den letzten 40 Jahren den Neoliberalismus durchgeboxt haben, und die in dieser Zeit reicher geworden sind auf Kosten anderer.

Der Green Deal der EU-Kommission

Anders sehen die Verhältnisse in Europa aus. Mit grossem Tamtam hat die neue EU-Kommission verkündet, sie wolle einen „[European Green Deal](#)“ anschieben. Nein, keinen »Green New Deal«, nur ein »Green Deal«. Das macht zwar begrifflich gar keinen Sinn, aber der Name ist auch Programm. *»Losing that “new” is a signal that the Commission does not seek system change through ambitious green macroeconomics and tough regulation of carbon financiers. Rather, it takes a politics as usual, third-way approach that seeks to nudge the market towards decarbonisation.«*, analysiert die Wirtschaftsprofessorin Daniela Gabor im [Guardian](#) zutreffend.

Im Dezember war es soweit, die bisher nicht gerade als Umweltaktivistin aufgefallene neue Kommissionspräsidentin von der Leyen verkündete ihren Green Deal. Es solle Europas »Man on the Moon«-Projekt werden. Bis 2050 soll die EU klimaneutral und »giftfrei« werden. Bis 2030 sollen mit einem Investitionspaket von einer Billion Euro die Treibhausgasemissionen statt bisher um 40 nun um 50-55% reduziert werden. Die Rate der Gebäudesanierung soll verdoppelt werden. Ein Aktionsplan für Kreislaufwirtschaft, eine neue Biodiversitätsstrategie und eine neue Landwirtschaftsstrategie sollen vorgelegt werden. Bis 2025 sollen 1 Million Ladesäulen für Elektroautos aufgestellt werden. Man erwägt eine CO₂-Grenzausgleichsabgabe, wenn durch den Green Deal Wettbewerbsnachteile für EU-Industrien entstehen sollten.

Mit einem vorgeschlagenen Budget von 100 Milliarden Euro für die nächsten sieben Jahre (2021-2027) soll das Forschungs- und Innovationsprogramm Horizon Europe ebenfalls zum Green Deal beitragen. 35 Prozent der EU-Forschungsförderung werden künftig für klimafreundliche Technologien bereitgestellt. Darauf hatte sich die EU allerdings bereits geeinigt.

»Just Transition«: Damit »niemand im Stich gelassen« wird, will die Kommission einen Mechanismus für eine gerechte Energiewende einrichten. Damit würden Regionen unterstützt, die aktuell am meisten von fossilen Brennstoffen und der Kohleförderung abhängig sind. *„Wir haben das Ziel, 100 Milliarden Euro zu mobilisieren, die genau auf die am stärksten gefährdeten Regionen und Sektoren ausgerichtet sind,“* sagte von der Leyen bei der [Vorstellung](#) des Green Deal.

Diese hundert Milliarden Euro sollen über [drei Säulen generiert](#) werden: Ein Fonds für die gerechte Energiewende, der 7.5 Milliarden aus dem Budget für die EU-Regionalentwicklung erhalten soll und damit 30-50 Milliarden Investitionen anschieben soll; ein aus Mitteln der Europäischen Investitionsbank generiertes »InvestEU«-Programm soll 45 Milliarden Investitionen anschieben; mit

weiteren EIB-Krediten aus dem Eigenkapital der Bank sollen 25-30 Milliarden Investitionen auf den Weg gebracht werden. Also werden tatsächlich nur 7.5 Milliarden öffentliche Mittel bereitgestellt: diese sind aber nicht zusätzlich, sondern kommen aus der Regionalförderung, werden also faktisch von anderen strukturschwachen Regionen bezahlt. Wieviel von diesen Geldern tatsächlich bei den Betroffenen ankommt und wieviel bei lokalen Eliten hängen bleibt, ist angesichts bisheriger Erfahrungen mit EU-Geldern in solchen Regionen eine sehr offene Frage.

Insgesamt setzt sich die Billion für den Green Deal bis 2030 zusammen aus etwa 500 Milliarden aus dem EU-Haushalt, etwa 250 Milliarden an Krediten der Europäischen Investitionsbank (EIB), 110 Milliarden Kofinanzierung aus den Mitgliedsstaaten, den Rest sollen Privatinvestoren beisteuern. Diese Rechnung hat viele Unbekannte: Es ist unklar, wie viel Geld die EU-Staaten der Kommission tatsächlich zusagen. Schon im vergangenen Haushalt 2013–2020 wollte die EU 20 Prozent für das Klima ausgeben. Dafür wird auch mit Buchungstricks gearbeitet: so gelten pauschal 40 Prozent der Direktzahlungen an Bauern als Ökomittel, obwohl die heutige Landwirtschaft eine grosse Treibhausgas-Verursacherin ist. Insgesamt will die Kommission den Umbau zu einer Öko-Volkswirtschaft praktisch ohne frisches Geld schaffen; auch die EIB-Kredite sind keine zusätzlichen Mittel. Das dürfte wohl das erste »Man on the Moon«-Projekt sein, das quasi aus der Portokasse finanziert wird.

Die Reaktion der Klima-NGOs fiel verhalten positiv aus – das einzige, was sie zu kritisieren hatten, war erwartungsgemäss: die Ziele sollten viel ambitionierter sein, die EU solle doch schon 2040 klimaneutral werden und für 2030 ein neues Reduktionsziel von 65% formulieren. Das einzige, was dem Climate Action Network zu den ökonomischen Aspekten einfiel, war die Platitüde »*Climate ambition will always be more profitable than climate inaction and its huge economic costs.*« Greenpeace ist besorgt, dass die »*new financial tools including InvestEU and a Just Transition Fund*« vielleicht auch fossile Energien mitfinanzieren könnten. In der [taz](#) wird Markus Trilling von CAN zitiert mit »*Für ihn ist der Green Deal ein Beispiel für „großartiges Marketing“ und ein Schritt in die richtige Richtung. Die Finanzierung aber bleibe „alter Wein in neuen Schläuchen“.*« Das war's. Wer die Billion für das ganze Projekt bezahlen soll – irrelevant.

Auch von den Entwicklungs-NGOs ist davon bisher nichts zu hören. Neben der Forderung »*Dramatically scaled-up sources of public climate and environmental finance*« wird in einem »[NGO Briefing](#)« von 14 Organisationen gefordert: »*People- and planet-focused financial architecture should prioritise de-risking renewable and energy efficiency projects and offer support for inclusive business models and local micro, small and medium size enterprises to undertake more sustainable and resource efficiency practices. The architecture must include strong environmental and human rights safeguards.*« Auch hier: Wer die Billion für das ganze Projekt bezahlen soll – irrelevant.

[Die Kommissions-Mitteilung](#) sagt klar, dass sich an den Rahmenbedingungen der heutigen Finanzpolitik nichts ändern wird. Dass die Prämissen von Austerität und Schwarzer Null nicht in Frage gestellt werden, ist so selbstverständlich, dass die Kommission es nicht einmal ausdrücklich erwähnt. Vom EU-Budget werde zwar ein grösserer Anteil für Klima- und Umweltschutz ausgegeben. Zusätzliches Geld gibt es nicht, fiskalische Expansion kommt nicht in Frage. Aber vor allem geht es um etwas anderes: das vorhandene öffentliche Geld wird mit dem Ziel investiert »*to create an enabling framework for private investors*«. Für die Bankenrettung 2009-2013 gaben die EU-Regierungen 1.6 Billionen öffentliches Geld aus, für die Klimarettung geht das natürlich nicht.

O-Ton Kommissionsmitteilung: »*Um das mit dem europäischen Grünen Deal gesteckte Ziel zu erreichen, muss eine erhebliche Investitionslücke geschlossen werden. Die Kommission schätzt, dass zur Erreichung der derzeitigen Klima- und Energieziele bis 2030 jährlich zusätzliche Investitionen in Höhe von 260 Mrd. EUR erforderlich sein werden.*« (S.18) ... »*Um dem langfristigen*

Finanzierungsbedarf im Zusammenhang mit dem Übergang gerecht zu werden, wird die Kommission mit den einschlägigen Partnern im Rahmen des Investitionsplans für ein nachhaltiges Europa weiter nach zusätzlichen Quellen und innovativen Möglichkeiten suchen, wie diese mobilisiert werden könnten.« (S.20)...» Der Privatsektor wird bei der Finanzierung der grünen Wende jedoch eine Schlüsselrolle spielen. Langfristige Signale sind erforderlich, um Finanz- und Kapitalströme auf grüne Investitionen zu lenken und verlorene Vermögenswerte zu vermeiden. Die Kommission wird im dritten Quartal 2020 eine neue Strategie für ein nachhaltiges Finanzwesen vorlegen, die sich auf eine Auswahl von Maßnahmen konzentrieren wird.« (S.20)

Man sollte die Konsequenzen dieses Ansatzes nicht unterschätzen. Die Kommission erklärt, mit dem öffentlichen Geld werde privates Kapital für den Klimaschutz mobilisiert, man spare also knappes öffentliches Geld. So schön das klingt – das private Geld bekommt man aber nicht geschenkt. In der Realität führt dies zwangsläufig dazu, dass durch diesen Ansatz das öffentliche Geld derselben Logik unterworfen wird wie das Privatkapital: Die Projekte müssen Rendite für die Investoren erwirtschaften, und mit dem öffentlichen Geld wird vor allem das Investitionsrisiko minimiert. Die Rendite landet beim Investor, das Risiko nimmt ihm die öffentliche Hand kostenlos wenigstens teilweise ab. Die globale Investorenklasse bekommt ihre »Just Transition«, soviel ist jedenfalls sicher.

Wenn man von vornherein darauf setzt, dass ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr, oder energetisch sanierte Wohnungen, oder der Schutz der Biodiversität Anlageobjekte sind, die Rendite für Investoren zu erbringen haben, dann verändert man weit mehr als nur eine Finanzierungsform. Man verändert überhaupt das Verständnis davon, was Politik ist. Es ist die Perfektionierung der »marktkonformen Demokratie«. Die EU-Regierungen und ihre Kommission sind schon seit Jahren dabei, diese Art von Marktfundamentalismus voranzutreiben, bis hin zu Verfassungsänderungen etwa zur Privatisierung des Autobahnbetriebs. Man kann getrost annehmen, dass sich die Kommission an den diversen [G20-Beschlüssen](#) zur Einführung von Infrastruktur als neuer Anlageklasse orientieren wird. Mit dieser Agenda, die die globalen Finanzinstitutionen und auch die EIB seitdem konsequent vorantreiben, wird schon die klassische Entwicklungsfinanzierung völlig umgebaut. Bei allem, was man erreichen will, wird zuerst versucht, eine privatwirtschaftliche Lösung zu finden. Wenn das nicht geht, eine öffentlich subventionierte privatwirtschaftliche Lösung, etwa als Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP). Erst wenn das alles nichts wird, macht man eine öffentliche Aufgabe daraus. Für die Armutsbekämpfung bringt das zwar nicht viel, aber man tut etwas gegen den Anlagenotstand.

Genau der gleichen Ideologie folgt von der Leyens Green Deal. Nach der Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und Dienstleistungen wird der »Anlagenotstand« auch in Europa nun dadurch behoben, dass man sogar umfassende politische Programme wie den Green Deal davon abhängig macht, dass sie genug Rendite für Investoren abwerfen.

»Mit dem europäischen Grünen Deal wird eine neue Wachstumsstrategie für die EU eingeleitet.« So beginnt der Schlussabsatz der Kommissionsmitteilung. Wie man gleichzeitig das Wachstum ankurbeln will und klimaneutral werden will, bleibt ein Grundwiderspruch. Natürlich haben intelligentere Teile der globalen Investorenklasse längst verstanden, dass Klimawandel nicht nur eine reale Gefahr ist, an der man zwar lange bestens verdient hat, aber nun die Zeit gekommen ist, mit dem Übergang in die postfossile Ära Geld zu machen. Und dafür braucht man neues Wachstum. Larry Fink, CEO von BlackRock, meint genau das, als er in seinem vielzitierten [Brief](#) an die Firmenchefs schrieb, *»Climate change has become a defining factor in companies' long-term prospects«*. Seine Ankündigung, *»Companies, investors, and governments must prepare for a significant reallocation of capital«*, ist sicherlich wahr – die Frage ist nur, wer am Ende sagt, in welche Richtung die Neuallokation des Kapitals geht, und wem sie dient: globalen Investoren oder dem Gemeinwohl.

Die Alternativen sind klar

Die Unterschiede zwischen dem amerikanischen »Green New Deal« von Sanders und Ocasio-Cortez einerseits und dem europäischen »Green Deal« der Kommission könnten klarer nicht sein:

- entweder wird die »Transformation« zur Klimaneutralität als öffentliche Aufgabe verstanden, die mit öffentlichen Mitteln organisiert wird und die keine Finanzrendite für Investoren abzuwerfen hat. Dafür wird die Geldschöpfung der Zentralbank herangezogen und nur diejenigen stärker besteuert, die in 40 Jahren Neoliberalismus reicher geworden sind. Man kann den Anlagentotstand vieler Anleger auch dadurch beheben, dass sie nicht mehr so viel anzulegen haben. Ausser der Finanzoligarchie, die das ganze Projekt direkt und indirekt zu bezahlen hat, profitieren alle davon, vor allem arbeitende Menschen. Kurzum: Klimaschutz und Überwindung des Neoliberalismus als gemeinsames Projekt. In den USA erweist sich dies zurzeit als zunehmend populäre Idee.
- oder man versteht die »Transformation« zur Klimaneutralität als technokratisches Geschäftsmodell, als neue Anlagemöglichkeit für renditesuchende Investoren, bei der der Staat lediglich günstige Rahmenbedingungen setzt, ansonsten die Dogmen von Schwarzer Null und Austerität hochhält und möglichst wenig öffentliches Geld aufgewendet wird. In diesem Modell bezahlen arbeitende Menschen die »Transformation«, sie haben für die erforderlichen Renditen der Klimaschutz-Anleger zu sorgen. Die globale Investorenklasse bekommt diese Renditen, nachdem sie jahrzehntelang gut mit ihren Investitionen in die fossile Wirtschaft verdient hat. Mit öffentlichem Geld wird ihr Investitionsrisiko vermindert. Sie wird auch für »gestrandete Investitionen« wie etwa vorzeitig stillgelegte Kohlekraftwerke noch entschädigt – aus Steuermitteln, wohlgemerkt, zu denen sie selbst immer weniger beiträgt. Kurzum: Klimaschutz als grüne Fortsetzung des Neoliberalismus, der die Reichen reicher macht auf Kosten aller anderen.

Man sollte meinen, für eine »progressive Zivilgesellschaft« wäre es klar, für welche Alternative sie sich entscheidet – egal ob hauptamtliche NGO-Klimaschützerin oder ehrenamtliche Fridays for Future-Aktivistin. Aber die Realitäten sind andere, jedenfalls in Europa. Für Verteilungsfragen, für die soziale und ökonomische Seite der »Transformation« und für wirtschaftspolitische Fragen allgemein interessiert sich die organisierte Zivilgesellschaft nicht besonders, und deshalb versteht sie auch wenig davon. Die vorherrschende - apokalyptisch angehauchte - Ideologie des »*Es gibt nichts wichtigeres als das Klima*« glaubt, solche Dinge müssen zurückstehen. »*The European Green Deal will bypass the poor and go straight to the rich*« - so eine Kritik kann man zwar im [Guardian](#) lesen, aber nicht von Europas NGOs.

Man muss gar nicht abwägen, ob es moralisch-ethisch vertretbar ist, sich an die Seite der globalen Investorenklasse zu stellen und arbeitende Menschen die Kosten der »Transformation« zur Klimaneutralität bezahlen zu lassen. Wer glaubt, »wir« haben gar keine Zeit mehr zu verlieren um die Klima-Katastrophe zu verhindern, wird eher das Bündnis mit den Reichen und Mächtigen suchen. Er wird dies auch dann tun, wenn er selbst nicht der globalen Investorenklasse angehört - denn wer wenn nicht die Reichen und Mächtigen sollten die Möglichkeiten haben, das Ruder in letzter Minute herumzureissen, sofern sie es nur wollen.

Nehmen wir einmal an, immer mehr von ihnen wollen es wirklich – dann wollen sie es aber zu ihren Bedingungen. Das sind genau die Bedingungen des Green Deal der Kommission: Klimaschutz als Anlageklasse, als Renditeobjekt, das wieder die arbeitenden Menschen zu bezahlen haben. Aber die soziale Ungleichheit hat schon heute Ausmasse erreicht, und wächst noch weiter, wie sie niemals in der Geschichte der Menschheit in stabilen Gesellschaftsformationen anzutreffen waren.

Es gibt wenig Grund für die Annahme, dass das heute anders wäre, ganz im Gegenteil: in immer mehr Ländern rund um den Globus begehrt das Volk auf gegen die Selbstbereicherung herrschender Eliten. Man muss dafür gar nicht bis Libanon oder Chile gehen, es reicht ein Blick in unser Nachbarland Frankreich. Klimaschützer, die meinen, im Verbund mit der Finanzoligarchie mit diesem »Green Deal« die »Transformation« stemmen zu können, werden nicht nur scheitern – sie werden in den Augen sehr vieler Menschen zum Teil der herrschenden Eliten und damit Teil des Problems. Die Vorstellung, man könne ein Wirtschaftsmodell noch Jahrzehnte weiterführen, das die soziale Ungleichheit immer weiter anwachsen lässt, ist doch naiv. Wer will ernsthaft behaupten, mit einem stetig wachsenden Niedriglohnsektor, einer ständig wachsenden sogenannten Plattformökonomie mit keinerlei sozialer Sicherheit für die Pseudo-Selbständige, mit einem Kasino-Kapitalismus können wir die Mammutaufgabe einer klimaneutralen Wirtschaft bewältigen? Das ist ausgeschlossen. Auch wenn die Kosten des Green Deal der EU nicht so offensichtlich wie bei einer Dieselsteuer bei den arbeitenden Menschen abgeladen werden – die Gelbwesten-Gefahr ist damit nicht gebannt. Irgendwann merkt man es eben doch, dass man es bezahlen muss.

Gesellschaftliche Mehrheiten für ein grosses Projekt – man muss es nicht »Man on the Moon« nennen - schafft man nur, wenn breite Mehrheiten davon selbst etwas haben. Mit Verzichtsappellen gewinnt man nichts, wenn sich gleichzeitig die Reichen weiter bereichern. Mit einer Politik von Mittelschichten für obere Mittelschichten kann man nur scheitern. Ein CO2-Preis, der alle gleichmässig belastet, den Millionär genauso wie die Krankenschwester, belastet eben nicht alle gleich. Die »Transformation« kann zu einem Projekt werden, auseinanderdriftende Gesellschaften wieder zusammenzubringen, wenn sie damit auch ökonomisch und psychologisch wieder zusammenkommen. Und das bedeutet nichts weniger als: nach 30 Jahren Umverteilung von unten nach oben läuft es jetzt wieder andersrum. Die Transformation müssen diejenigen bezahlen, die in 30 Jahren Neoliberalismus reicher geworden sind, und eben nicht »wir alle«. Das war Roosevelts »New Deal«.

Epilog: TINA

TINA. There is no alternative. Maggie Thatchers Wahlspruch für ihre neoliberale Revolution. Lange dachten wir, es war Maggies ultimativer Triumph, als die vormalige Opposition ihre Politik übernahm und es keine Rolle mehr spielte, wer eigentlich regierte, weil sie sowieso alle dieselbe Politik machen. Vielleicht müssen wir das heute korrigieren. Über dieses Stadium sind wir in Europa (interessanterweise nicht mehr in den USA) inzwischen hinaus. Es ist Maggies ultimativer Triumph, wenn es Politik und Medien und organisierte Verbände-Zivilgesellschaft gar nicht mehr interessiert, ob es überhaupt Alternativen gibt. Wenn sie den Marktfundamentalismus, den Neoliberalismus, die Orientierung der Politik an den Interessen der globalen Investorenklasse so verinnerlicht haben, dass sie sich gar nichts anderes mehr vorstellen können. Die latent apokalyptische Mentalität weiter Teile der Klima-Szene, »es gibt nichts wichtigeres als das Klima«, führt in der praktischen Konsequenz genau dazu. Aber wen es nicht mehr interessiert, wer eigentlich für die Klimapolitik bezahlen soll, der verspielt leider auch genau das, was er für die Durchsetzung jedweder »ambitionierter« Klima-Ziele braucht: gesellschaftliche Mehrheiten jenseits der eigenen Polit-Filterblase.

Jürgen Maier 24.2.2020